

In der Senatssitzung am 23. Februar 2021 beschlossene Fassung

Die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz

Bremen, 23.02.2021

L 12

2. Neufassung

Tischvorlage für die Sitzung des Senats am 23.02.2021

„Schwangerschaftsabbrüche in Bremerhaven endlich wieder ermöglichen“

(Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) von der Fraktion der SPD)

A. Problem

Die Fraktion der SPD hat für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) folgende Anfrage an den Senat gestellt:

Wir fragen den Senat:

1. Was unternimmt der Senat, um den Sicherstellungsauftrag für Schwangerschaftsabbrüche in Bremerhaven zu erfüllen?
2. Ist dem Senat bekannt, dass in der Tagesklinik Lehe geeignete Räume für Schwangerschaftsabbrüche angemietet werden könnten und wenn ja, was tut der Senat, um diese Räume für eine Nutzung zu sichern?
3. Sieht der Senat eine Möglichkeit, die Ansiedlung eines medizinischen Zentrums durch pro familia oder einen anderen Anbieter in Bremerhaven finanziell, z.B. durch Übernahme der Kosten für die Räumlichkeiten, zu unterstützen?

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Zu Frage 1

Dem Senat ist bekannt, dass aktuell in Bremerhaven im Klinikum Bremerhaven-Reinkenheide und im dortigen MVZ nur in begrenzter Anzahl Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen werden.

Die Wartezeiten für einen Schwangerschaftsabbruch haben sich im Klinikum Reinkenheide im Vergleich zum Jahr 2020 nicht verändert, sie betragen weiterhin ca. 2 Wochen. In 2020 wurden 11 Schwangerschaftsabbrüche stationär im Klinikum Reinkenheide durchgeführt. Unter Einbeziehung der im MVZ ambulant durchgeführten Abbrüche sind im Jahr 2020 insgesamt 30 Abbrüche vorgenommen worden

Dem Senat ist weiterhin bekannt, dass es aktuell seitens der Ärzteschaft in Bremerhaven konkrete Überlegungen zum Aufbau eines Angebots zum medikamentösen Abbruch gibt.

Inzwischen gab es mehrere Gespräche seitens der Gesundheitsbehörde mit unterschiedli-

chen Akteuren vor Ort unter anderem mit der pro familia. Seitens pro familia wird derzeit überlegt, ob es möglich ist, tageweise ein medizinisches Zentrum in Bremerhaven zu eröffnen. Dies ist allerdings nicht kostendeckend möglich, so dass nach weiteren finanziellen Unterstützungsmöglichkeiten gesucht wird.

Des Weiteren unterstützt das Land Bremen Fortbildungen zum medikamentösen Schwangerschaftsabbruch, es gibt einen entsprechenden Hinweis auf der Internetseite der Gesundheitsbehörde um diese Abbruchmöglichkeit bekannter zu machen.

Zu Frage 2 und 3:

Ja, die Räumlichkeiten sind dem Senat bekannt. Ob eine Übernahme der Kosten möglich ist, wird derzeit geprüft.

Eine Sicherung der Räumlichkeiten vor einer Klärung der Gesamtsituation ist aus Sicht des Gesundheitsressorts nicht geboten.

Dem Senat ist bekannt, dass die Frauen in Bremerhaven zum Teil nach Hamburg und Bremen für einen Schwangerschaftsabbruch fahren müssen. An der Lösung dieses Problems wird mit Nachdruck gearbeitet, um das Angebot an dieser Stelle nachhaltig zu verbessern. Es wird voraussichtlich in der kommenden Woche ein Gespräch seitens der senatorischen Behörde mit Vertretern des Magistrats zu diesem Thema geben. Neben Gesprächen mit der profa ist auch geplant, zeitnahe weitere Gespräche mit den Frauenärzt*innen und dem Klinikum Bremerhaven zu führen.

C. Alternativen

Keine Alternativen.

D. Finanzielle, personalwirtschaftliche und genderbezogene Auswirkungen

Aktuell sind keine finanziellen, personalwirtschaftlichen und genderbezogenen Auswirkungen vorhanden.

E. Beteiligung und Abstimmung

Die Abstimmung mit dem Magistrat Bremerhaven ist erfolgt.

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

geeignet

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz vom 23.02.2021 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der SPD für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) zu.